

JUSO



**Jungsozialist*innen
Kanton Bern**

Wahlprogramm JUSO Kanton Bern

Grossratswahlen 2022

Fassung für die ausserordentliche Jahresversammlung vom 23. November 2021

Inhaltsverzeichnis

- Einleitung 2
- 1. Wahlthemen 3
 - 1.1. Konsequenz queerfeministisch 3
 - 1.2. Antikapitalistischer Umwelt- und Klimaschutz 4
 - 1.3. Konsequenz gegen die staatliche Repression 5
 - 1.4. Solidarisch mit den 99 % 6

Einleitung

Der bürgerlich-liberale Kanton Bern hat in den letzten vier Jahren gezeigt, zu was er fähig ist: Ausbau der staatlichen Repression, eine Politik zugunsten des 1%, dem Ignorieren der Klimakrise und der Verharmlosung patriarchaler Gewalt und Diskriminierung! Auch während dieser Amtsperiode hat die JUSO auf der Strasse, bei Aktionen und in Parlamenten für eine konsequente, solidarische und linke Politik gekämpft. Denn dieser Kanton braucht einen Wandel! Bürgerliche Ignoranz muss abgewählt werden. Die JUSO Kanton Bern fordert deshalb:

Eine konsequent queerfeministische Politik!

Weil rechtliche und gesellschaftliche Diskriminierungen noch heute den Alltag von Frauen und queeren Personen im Kanton Bern prägen und Bildung und bürgerliche Politik dies ignorieren. Für die JUSO ist klar: wir müssen die Ketten des Patriarchates sprengen – für eine queerfeministische Zukunft!

Den Kampf gegen jegliche staatliche Repression!

Die Polizeigewalt und strukturelle Diskriminierung wurden vom bürgerlichen Kanton in den letzten Jahren noch ausgebaut. Der Kanton Bern muss ein Ort werden, in dem allen ein menschenwürdiges Leben möglich ist! Die JUSO steht klar ein gegen jegliche staatliche Repression und für eine solidarische Gesellschaft, die diesen Namen verdient!

Für einen antikapitalistischen Umwelt- und Klimaschutz!

Die Klimakrise findet längst statt! Es ist nicht nur eine Krise der Umwelt, sondern vielmehr eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise. Konsequenter Klimaschutz heisst eine antikapitalistische Wirtschaft und eine gerechte Gesellschaft. Die JUSO steht für Klimagerechtigkeit in allen Belangen!

Klare Solidarität mit den 99%!

Das Streben nach Profit steht im heutigen Wirtschaftssystem im Vordergrund und nimmt Ausbeutung in Kauf. Es zeigt sich einmal mehr: dieses System funktioniert nur für das 1%. Es braucht eine antikapitalistische, solidarische Politik im Kanton Bern – für die 99%!

1. Wahlthemen

1.1. Konsequenter queerfeministisch

Am 14. Juni 2019 gingen in der ganzen Schweiz mehrere tausend Menschen für den feministischen Streik auf die Strasse. Seither ist die feministische Bewegung laut geblieben. Die Forderungen sind vielfältig, denn das Patriarchat existiert immer noch: Im Aufklärungsunterricht an Schulen werden immer noch einseitige und heteronormative Bilder vermittelt. Tausende von FLINTA-Personen¹ erleben in der Schweiz patriarchale Gewalt. Die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen beträgt immer noch beinahe 20%. Unbezahlte Care Arbeit, welche unsere Gesellschaft am Leben erhält, wird zu zwei Dritteln von Frauen geleistet. Für die JUSO Kanton Bern ist klar: Das Patriarchat liegt all diesen Problemen zugrunde und muss deshalb bekämpft werden! Es ist nötig, dass wir uns alle vereinen, um die Kette des Patriarchats zu sprengen! Deshalb fordern wir:

Aufklärungsunterricht an den Schulen, welcher dem 21. Jahrhundert entspricht

Im Aufklärungsunterricht sollen verschiedene Geschlechtsidentitäten und sexuelle Orientierungen behandelt werden. Es darf nicht sein, dass das Wort "schwul" als Beleidigung auf den Pausenplätzen zu hören ist! Stattdessen soll den Kindern erklärt werden, dass alle Identitäten normal sind und in unserer Gesellschaft Platz haben. Zudem soll das "Nur Ja heisst Ja"-Prinzip vermittelt werden: Es muss klar sein, dass Konsens die Grundlage für alle sexuellen Handlungen ist. Tabus rund um das Thema Sex und Selbstbefriedigung sollen aufgebrochen werden.

Aufarbeitung und Prävention von patriarchaler Gewalt

Gewalt an Frauen und queeren Personen im Kanton Bern muss statistisch erfasst werden. Nur so kann das Ausmass des Problems auch erkannt werden. Der Kanton Bern muss ein umfassendes Angebot für Menschen, welche aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung Gewalt erleben, bereitstellen. Dazu gehört auch ein ausreichendes Angebot von z.B. Frauen- und Mädchenhäusern.

Verbot von Konversionstherapien

Konversionstherapien werden oft auf Jugendliche angewendet und haben zum Ziel, die sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität einer Person zu verändern. Doch in der Realität hinterlassen solche Therapien grosse psychische Schäden bei Personen und erhöhen das Suizidrisiko. Der Kanton Bern soll solche Praktiken verbieten sowie diese ahnden und queere Jugendliche schützen.

Der Kanton Bern setzt sich aktiv dafür ein, dass die Lohngleichheit umgesetzt wird

Lohngleichheit ist zwar auf nationaler Ebene gesetzlich geregelt, jedoch sind die Kontrollmechanismen unzureichend. Der Kanton Bern soll die Kontrollen verbessern und dafür sorgen, dass Verstösse Konsequenzen nach sich ziehen.

Kostenloses Grundangebot an Care-Leistungen

Care-Arbeit ist die Grundlage unserer Gesellschaft. Sie wird mehrheitlich von Frauen geleistet, dies führt zu einer Doppelbelastung. Wir fordern ein kostenloses Grundangebot an Care-Leistungen, welches solidarisch finanziert, flächendeckend und qualitativ hochwertig ist. Dazu gehören nicht nur KITAS und Tagesschulen, sondern auch z.B. Spitex, Wohnheime, Altersheime. Diese Leistungen sollen allen Menschen unabhängig des Einkommens zugänglich sein.

¹ Frauen, Lesben, inter, nonbinär und trans Personen

1.2. Antikapitalistischer Umwelt- und Klimaschutz

Die Klimakrise steht nicht nur vor der Tür, sie ist schon längst da! Der Kanton Bern muss sich der Realität stellen, dass wir unsere Umwelt und den Planeten mit unserem Handeln und mit unserer Wirtschaftsform zerstören! Nach der Abstimmung über das kantonale Energiegesetz wurde klar: die liberal-bürgerlichen Kräfte in diesem Kanton scheren sich nicht um die Klimakrise und die Zukunft. Wichtiger erscheint für sie das Wohl der Eigentümer*innen und Besitzenden und somit die Aufrechterhaltung des Status Quo. Die Klimakrise ist nicht nur eine Krise der Umwelt und des Planeten. Sie ist eine Krise des Kapitalismus, eine Krise der Gesellschaft. Mit dem neuen Klimaschutzartikel in der kantonalen Verfassung will sich der Kanton vordergründig einen ökologischen Anstrich verpassen. Dabei ist klar: Ohne griffige und sofortige Massnahmen, die Finanzflüsse einbeziehen und sozial ausgeglichen sind, wird die Klimakrise nicht abzuwenden sein. Für die JUSO Kanton Bern muss Klimakrise mit Klimagerechtigkeit bekämpft werden! Deshalb fordern wir:

Eine griffige Umsetzung des Klimaschutzartikels mit dem Ziel Netto Null bis 2030

Das bedeutet unter anderem auch, den Finanzplatz im Kanton Bern endlich in Verantwortung zu ziehen. Es bedeutet sozialen Ausgleich zu schaffen, Reichtum umzuverteilen und die Menschen, die mit Spekulation und Investment den Klimawandel finanzieren, an die Kasse zu biten! Um Netto Null 2030 zu erreichen, braucht es zudem einen konkreten Zeitplan für die Reduktion der Treibhausgasemissionen. Auch ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs muss vor allem auf den ländlichen Gebieten beschleunigt werden, um die Abhängigkeit vom Individualverkehr zu reduzieren. Damit dieses öV-Angebot jedoch nicht nur theoretisch entsteht, soll der öffentliche Verkehr für Nutzer*innen möglichst kostenlos werden, sei das durch interkantonale oder interkommunale Zusammenarbeit.

Eine Bodenpolitik zugunsten der 99% und des Klimas!

Über Bodenpolitik und die Verteilung des Bodens können wir nicht nur direkt steuern, wer die Zügel über die finanziellen Mittel in der Hand hat, sondern ebenfalls über die Möglichkeit, diesen Boden zugunsten der Mehrheit der Gesellschaft zu brauchen. Der Kanton Bern muss in seiner Bodenpolitik konsequent Zersiedelung bekämpfen und statt Luxus Chalets in Gstaad zu ermöglichen, den Boden der Gemeinschaft zurückgeben. Der Boden im Kanton Bern muss Spekulation entzogen werden und im Sinne der Klimagerechtigkeit genutzt werden.

Eine Eigentumpolitik für die 99% und die Umwelt!

Eigentümer*innen, welche den Boden und Grundstücke nicht vereinbar mit dem Ziel Netto Null bis 2030 benutzen, müssen verpflichtet werden, diese Grundstücke umzunutzen. Falls dies nicht passiert, soll der Kanton Bern solche Eigentümer*innen enteignen, um das öffentliche Interesse zu schützen, in 100 Jahren ebenfalls noch einen lebenswerten Planeten zu haben! Dazu gehören auch Massnahmen gegen Spekulation und Wucherpreise, um die Verdrängung von Menschen zu bekämpfen. Zudem müssen Vermögen und Kapital umverteilt werden und unter anderem für einen griffigen Klimaschutz eingesetzt werden.

Die Anerkennung der Klimakrise als Fluchtgrund und die Aufnahme jener Menschen, die aufgrund der sich verändernden klimatischen Bedingungen auf der Flucht sind

Der Kanton Bern trägt zum globalen Klimawandel bei und ist von diesem betroffen. Jedoch nicht so stark wie Weltregionen, die über weniger ausgebaute Infrastruktur verfügen oder sich in einer weniger privilegierten wirtschaftlichen Lage befinden. Durch das rassistische und kapitalistische Wirtschaftssystem werden Möglichkeiten auf die Klimakrise zu reagieren, verunmöglicht und globale Ungleichheit und Ausbeutung verstärkt. Westliche Industriestaaten stehen in der Schuld zu reagieren.

Durch die Klimakrise wird das Leben in gewissen klimatischen Zonen verunmöglicht, sei das durch Dürren, Fluten, Stürme, Hungersnöte oder andere Katastrophen. Der Kanton Bern muss hier die Verantwortung für das eigene Handeln übernehmen und Menschen aufnehmen, die aufgrund klimatischer Bedingungen fliehen!

Klimaschutz wird inhärenter Teil der Grundausbildung in den Schulen des Kantons Bern!

Die Schüler*innen, welche heute in der Grundschule sind, werden die Auswirkungen der Klimakrise stärker erleben, als die meisten von den restlichen heute lebenden Menschen! Die Klimakrise wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eines der prägenden Themen sein und deswegen muss auch das Schulsystem und die Lerninhalte angepasst werden. Damit die Schüler*innen wissen, was die vorgängigen Generationen und die profitorientierte, kapitalistische Wirtschaft mit unserem Planeten gemacht hat und wie sie die Folgen der Klimakrise noch möglichst effektiv bekämpfen können, muss Klimaschutz und das Abwenden der Klimakrise Pflichtunterricht an den Schulen werden. So sollen zum Beispiel nicht nur Gründe und Auswirkungen der Klimakrise auf geografischer und klimatologischer Basis betrachtet werden, sondern auch das aktuelle Wirtschaftssystem und ausbeuterische Systeme hinterfragt werden. Zentral hierbei ist die Reflektion der kolonialen Vergangenheit, die auch im Kanton Bern sichtbar ist. Neben rein faktischem Wissen muss auch Aktivismus und politische Partizipation eingebunden werden und den Schüler*innen die Möglichkeit gegeben werden, sich zu engagieren. Dazu gehören auch weiterhin Bewilligungen für die Proteste und Aktivismus wie das Engagement beim Klimastreik!

1.3. Konsequenz gegen die staatliche Repression

Weltweit werden Menschen wegen Krieg, Verfolgung, ökologischen und ökonomischen Hintergründen sowie weiteren Faktoren zur Flucht gezwungen. Nebst der häufig traumatisierenden Flucht stossen geflüchtete Menschen einmal mehr auf unwürdige Lebensverhältnisse. In Ungewissheit über den Ausgang ihres Aufenthaltsstatus ist es an der Tagesordnung, dass immer mehr Menschen in den bereits überfüllten Asyl-, Durchgangs- und Rückkehrzentren isoliert werden. Weiter sind besonders BIPOC², geflüchtete Menschen, Streikende und Aktivist*innen besonders von Polizeigewalt und Repression betroffen.

Wir fordern einen Kanton Bern, der lebenswürdige Bedingungen und Zukunftsperspektiven für geflüchtete Menschen schafft und mittels einer unabhängigen Beschwerdestelle gegen Repression und Polizeigewalt vorgeht.

Eine unabhängige Beschwerdestelle

Immer wieder kommt es im Kanton Bern zu rassistischen Polizeikontrollen und Vorfällen von Polizeigewalt. Für Betroffene gibt es heute praktisch keine Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren und die Täter*innen haben keine Konsequenzen zu befürchten. Gegen Racial Profiling und polizeiliche Gewalt kann nur konsequent vorgegangen werden, wenn Möglichkeiten geschaffen werden, dass Betroffene sich wehren und beschweren können. Deshalb fordern wir die Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle und die Einführung eines Quittungssystems³ bei Polizeikontrollen.

Aufnahme von Menschen aus Krisengebieten

Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen und auf der Flucht sind, müssen Unterstützung und einen geregelten Aufenthaltsstatus erhalten.

Gerade diesen Sommer hat sich mit der gewaltsamen Machtübernahme der Taliban in Afghanistan einmal mehr gezeigt, wie wichtig internationale Solidarität und eine humanitäre

² Black, indigenous, people of colour

³ Methodik im Vorgang gegen das Racial Profiling der Polizei. Abgabe einer Quittung unter Angabe des*der Polizist*in und Begründung der Kontrolle sowie des Ergebnisses.

Flüchtlingspolitik sind. Die Schweiz als reiches Land und globale wirtschaftliche Akteurin, hat die Ressourcen und die Verantwortung, Hilfe zu leisten und Menschen aus Krisengebieten aufzunehmen.

Wir fordern, dass der Kanton Bern sich beim Bund dafür einsetzt, dass die Schweiz mehr geflüchtete Menschen aufnimmt. Insbesondere im Kanton Bern gibt es in vielen Gemeinden ungenutzte und leerstehende Gebäude, wir können mehr Menschen aufnehmen – wir haben Platz!

Niederschwelliger und integrativer Bildungszugang für alle!

Bildung schafft Perspektiven für die Zukunft. Sie darf auch deswegen kein Privileg und besonders nicht abhängig vom Aufenthaltsstatus von geflüchteten Menschen und ihren Kindern sein. Wir fordern daher niederschwellig integrative Schul- und Unterstützungsangebote in den regulären Schulklassen für alle Kinder und Jugendliche, sowie die Möglichkeit der Vollendung eines Lehrabschlusses für Menschen mit einem abgelehnten Asylantrag. Unabhängig des Aufenthaltsstatus soll ebenfalls die politische Teilhabe für Menschen ohne Schweizer Pass eingeführt werden. So wird eine partizipative Mitbestimmung von Menschen, deren Lebensrealität momentan von privilegierten Stimmen abhängig ist, möglich.

Kein Mensch ist illegal!

Behördengänge, Krankenversicherung, Spitalaufenthalte und vieles mehr – davon sind Sans-Papiers aufgrund der Angst entdeckt zu werden und den darauffolgenden Konsequenzen, in unserer Gesellschaft und im täglichen Leben ausgeschlossen. Auch mit dem zur Bekämpfung der Pandemie notwendigen Covid-Zertifikat werden für Menschen ohne Papiere weitere Hürden geschaffen. Wir setzen uns konsequent dafür ein, dass Möglichkeiten geschaffen werden, damit Sans-Papiers am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, Zugang zu Dienstleistungen und gesundheitlicher Versorgung haben. Wir fordern deshalb, dass der Kanton Bern, insbesondere die Kantonspolizei, Initiativen wie die „City Card“ anerkennt und unterstützt. Kein Mensch darf aufgrund von Aufenthaltsstatus oder fehlenden Papieren aus der Gesellschaft ausgeschlossen und illegalisiert werden. Wir setzen uns ein für die Entkriminalisierung von Menschen ohne Papiere.

Menschenwürde in den Asylzentren

Baufällige Gebäude, personeller Mangel, ein Leben unter dem Existenzminimum - seit anhin erfüllen die Lebensbedingungen für Menschen in- und ausserhalb der Asylzentren keinerlei Anforderungen an ein menschenwürdiges Dasein. Die Pandemie hat verstärkt aufgezeigt, dass Menschen in Asylzentren in Vergessenheit geraten, wenn sie sich nicht selbst Gehör verschaffen. Durch die Übernahme des Asylwesens durch die ORS haben sich die Lebensumstände in den Zentren um ein Vielfaches verschlechtert. So mussten Menschen, die positiv auf Corona getestet wurden, bei bitterer Kälte sanitäre Installationen ausserhalb des Gebäudes aufsuchen. Sogar Duschgänge wurden den positiv getesteten Menschen aufgrund der fehlenden Infrastruktur zu Beginn der Krise verweigert. Wir fordern, dass der Kanton Bern lebenswürdige Bedingungen über dem existenziellen Minimum, für Menschen im Asylprozess schafft. Dies bedingt mitunter die Verbesserung der Infrastruktur, Erhöhung der individuellen und gemeinschaftlichen finanziellen Unterstützung sowie die Förderung des Führens eines eigenständigen Lebens ausserhalb der Asylzentren.

1.4. Solidarisch mit den 99 %

Die Politik muss Rahmenbedingungen bieten, damit alle ein selbstbestimmtes Leben führen können. Finanzielle Unabhängigkeit, eine gute Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen im Beruf sind die Grundvoraussetzungen dafür. Während ein Grossteil der Bevölkerung im

Kanton Bern mit stetig steigenden Wohn-, Gesundheits- und Lebenshaltungskosten zu kämpfen hat und unter teils prekären Bedingungen arbeitet, profitieren einige wenige durch das Wirtschaften mit den Grundbedürfnissen der grossen Mehrheit.

Die JUSO will mit diesem kapitalistischen System brechen und steht für eine solidarische und antikapitalistische Politik. Wir kämpfen für ein anderes Wirtschaftssystem, in welchem die Bedürfnisse des Menschen und nicht das Streben nach Profit im Vordergrund stehen. Daher fordern wir:

Eine Steuerpolitik für die 99%

Die heutige Steuerpolitik entlastet in erster Linie die Gewinne von Unternehmen und Menschen mit hohem Einkommen. Der zerstörerische Steuerwettbewerb zwischen Gemeinden und Kantonen führt zu einem Loch in der Staatskasse. Dies führt zwangsweise zum Abbau von Leistungen für die grosse Mehrheit der Bevölkerung. Der Kanton Bern muss dieser Entwicklung ein Ende setzen. Gewinne und hohe Einkommen müssen endlich angemessen besteuert werden, um einen guten Service Public für alle zu garantieren und mittlere und tiefe Einkommen steuerlich zu entlasten.

Lehrpersonen zeitgemäss entlöhnen

Im Vergleich zu den umliegenden Kantonen steht der Kanton Bern in punkto Lehrer*innenlöhne immer noch schlecht da. Attraktive Löhne in den umliegenden Kantonen können auch dazu verleiten, dass Lehrer*innen nicht im Kanton Bern arbeiten wollen. Da wir aber momentan einen grossen Mangel an Lehrpersonen aufgrund vieler Teilzeitpensen und Berufsaussteiger*innen haben, müssen die Arbeitsbedingungen und Löhne attraktiver werden. Dazu braucht es unter anderem auch mehr Ressourcen für die integrative Förderung damit alle Schüler*innen ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert und die Lehrpersonen entlastet werden können - denn der Lehrberuf ist anspruchsvoll und bringt viel Verantwortung mit sich. Es ist an der Zeit, dass der Kanton Bern seine Lehrpersonen der Volksschule besser unterstützt und entlohnt.

Kein Lohn unter 25.- pro Stunde

Während einige wenige Aktionär*innen immer noch höhere Dividenden in die eigene Tasche stecken können, steigt die Zahl jener, welche trotz 100% Pensum von Armut betroffen sind. Oft sind es Menschen mit Migrationshintergrund, denen es vielfach erschwert wird sich gegen prekäre Arbeitsbedingungen zu wehren, welche in diesem Niedriglohnssektor arbeiten. Das darf nicht sein! Die Arbeitgeber*innen müssen hier endlich ihrer Verantwortung nachkommen. Wir fordern die Einführung eines kantonalen Mindestlohnes, der das Existenzminimum deckt und eine Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Wer arbeitet, muss auch selbstbestimmt von der Entlohnung leben können.

Mehr sozialen Wohnungsbau und keine illegalen Mieterträge

Wohnraum ist ein Grundbedürfnis wie Luft und Wasser und kein Spekulationsobjekt um Gewinne zu erwirtschaften. Viele Eigentümer*innen von Wohnraum streben mit den Immobilien einen Gewinn an, was insbesondere in den Ballungsräumen dazu führt, dass die Mieten stark steigen. Hier muss ein Umdenken stattfinden. Der Kanton Bern soll sich aktiv um mehr Wohnraum bemühen, welcher nach dem Prinzip der Kostenmiete vermietet wird.

Die Renditen, welche mit Mietwohnungen erzielt werden dürfen, sind heute bereits gedeckelt. Allerdings wird dies nur ungenügend durchgesetzt. Der Kanton Bern soll mit periodischen Mietzinskontrollen illegale Mieten unterbinden. Rechtsbrüche müssen Konsequenzen nach sich ziehen. Vermieter*innen, welche ihren zu vermietendem Wohnraum aufgrund von überhöhten Mietpreisen leer stehen lassen, sollen verpflichtet werden können diesen nach dem

Prinzip der Kostenmiete zwang zu vermieten oder im Sinne des gesellschaftlichen Bedürfnisses nach bezahlbarem Wohnraum enteignet werden.

Aufwertung von systemrelevanten Berufen

Ob in der Pflege, im Bildungsbereich oder in der Kinderbetreuung - in fast allen systemrelevanten Berufen herrscht Personalmangel. Die Menschen, welche in diesen Berufen arbeiten sind mit prekären Arbeitsbedingungen konfrontiert. Der Kanton Bern muss dafür sorgen, dass systemrelevante Arbeit ihrem Wert entsprechend entlohnt wird und die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass Abgänge in hoher Zahl vermieden werden können. Des Weiteren ist eine Ausbildungs Offensive in diesen Bereichen anzugehen, um den Personalmangel zu beseitigen.